

## Rückblick auf den Landtagswahlkampf



Fünf Seiten Analysen, Berichte und Fotos zur Wahl.

Seiten 1-5

## Grundbedürfnis Mobilität



Ein ÖPNV - Sozialtarif für die Region Hannover.

Seite 7

## Gold wert oder überflüssig?



Kommt der Hannover Aktiv Pass für sozial Schwache?

Seite 14

## Sonstiges

- Vorstandswahlen S. 6
- Besuch bei Komatsu S. 10
- Metropolregion S. 12
- Herrenhäuser Schloss S. 13
- Umweltzone S. 15
- und vieles mehr



# Region Hannover Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN in der Region Hannover • Februar 2008

CDU und FDP hatten zur Wahl den im Wesentlichen nicht selbst erarbeiteten Rückenwind des wirtschaftlichen Aufschwunges und des Rückganges der Arbeitslosigkeit auf ihrer Seite. Während Roland Koch in Hessen aber am Ende seiner zweiten Wahlperiode durch Polarisierung das linke Lager geradezu zur (Ab-)Wahl mobilisierte, hat Wulff mit überragenden Sympathiewerten nach erst einer Wahlperiode und mit einem „Samtpfoten“-Wahlkampf erfolgreich Teile des Oppositionslagers von der Wahl abgehalten, weil das Ergebnis schon vorher fest zu stehen schien. Im Ergebnis verlor Wulff damit zwar in absoluten Zahlen mehr Wählerstimmen als Koch, hatte aber bei der bewussten Kauf genommenen geringen Wahlbeteiligung die Nase vorn.

Mit dem 27. Januar etabliert sich die Linke als fünfte Partei im Westen auch auf Landesebene. Mit einer Mischung aus Altlinken, SPD-Enttäuschten, ehemaligen Nicht- bzw. Protestwählern und taktischen Wählern, die eine Mehrheit links der Mitte wollen, haben sie die 5 %-Hürde bei einer schwachen SPD in Niedersachsen aus dem Stand locker genommen. Selbst bei einem polarisierenden Wahlkampf der Volksparteien wie in Hessen, der deren eigenen Wähler dort stärker eingebunden und mobilisiert hat, ist sie mit über 5% von nun an dabei.

Vor allem die taktischen Wähler der Linken, die eine Mehrheit links vom Bürgerblock wollen, kommen dabei in relevanter Größenordnung erstmals auch von uns Grünen (-31.000 Stimmen landesweit, -3.580 Stimmen in Hannover, beides entspricht ca. -12% der Grünen Stimmen von 2003. Hannovers Umland: -740

## Rückblick auf den Landtagswahlkampf

# Fünf Parteien, acht Prozent

Die komplizierte Berliner Fünf-Parteien-Republik erreicht die Länder. GRÜNE gewinnen landesweit hinzu, bei leichten Verlusten in der Region. Eine Wahlanalyse von Enno Hagenah



Palmen im Dezember: Erste von drei Plakatklebe-Aktionen im Grünen Lager am Lindener Hafen

Stimmen / 4% der Grünen Stimmen). Da diese Option auch in Zukunft gelten dürfte, sind diese Wähler nur sehr schwer wieder zurück zu gewinnen.

Landesweit haben wir Grüne aber noch stärker als an die Linke, Wähler an die Nichtwähler verloren (-40.000 Stimmen landesweit, dies entspricht ca. 16 % der Grünen Stimmen). Offensichtlich ist es nicht gelungen, unsere bisher

meist „treue Wählerschaft“ ausreichend von unserer Funktion in der Landespolitik zu überzeugen (Wulffs Einschläferungstaktik scheint aufgegangen zu sein).

Dieser Trend ist in Hannover bei "nur" 1.300 an die Nichtwähler verlorenen Stimmen (ca. 5% der Grünen Stimmen von 2003) geringer ausgeprägt. Dies ist ein Zeichen von guter Mobilisierung

## Liebe Regionsgrüne!

Vor zwei Jahren standen Michael Pelke und ich als neugewählte Vorsitzende vor der Aufgabe, die Grünen aus Stadt und Landkreis im neu gegründeten Regionsverband zu vereinen. Wir haben uns bemüht, diese Aufgabe zu erfüllen und auch wenn es hier und da geknirscht hat, so hat es doch viel Spaß gemacht. Ängste und Befürchtungen, die im Vorfeld der Fusion geäußert wurden, waren für mich nie da! Wir haben in den zwei Jahren viel erreicht und sind auf einem guten Weg. Die Fusion ist geglückt, keiner stellt sie in Frage, aber wir werden zusammen immer weiter daran arbeiten müssen. Abgeschlossen ist sie noch nicht, dafür sind die gewachsenen Strukturen zu verschieden.

Nun steht die Neuwahl des Vorstands an und es gibt kaum weibliche Kandidatinnen. Gründe dafür gibt es viele, aber liegt es nicht auch daran, dass wir Frauen nicht sofort "HIER" schreiben, wenn es Posten zu verteilen gibt? Ich bitte euch, liebe Frauen in der Stadt und im Umland, gebt eure Zurückhaltung auf. Wir haben starke Frauen, also zeigt euch auch!

Ich bedanke mich für diese zwei Jahre, ihr habt mich überall sehr nett aufgenommen und mir bei meiner Arbeit geholfen. Und wenn ich jetzt aufhöre, tue ich das mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Aber mein Beruf fordert mich und so ganz geht man nie... Wir werden uns hier und da sicher wieder sehen!

Anne Dalig,  
Regionsvorsitzende



Fortsetzung: Seite 2



**Badehose im Januar: Zweimal stieg Enno im Wahlkampf in den Maschsee um auf die Folgen des Klimawandels hinzuweisen. (Foto: Behrens)**

Fortsetzung von Seite 1

im dafür günstigen Stadtumfeld. In Hannovers Umland betrug der Verlust 2.540 Stimmen (ca. 11% der Grünen Stimmen).

Grundresümee landesweit: Die 8% für Grün sind trotz dieser Verluste unser bestes Ergebnis zu einer Landtagswahl. Das ist besonders deshalb hoch zu bewerten, weil es nach Lage der Umfragen keine direkte Machtopion gab, die Unterstützung durch die Bundespolitik wegen der Fünf-Parteien-Situation im Bund und der unentschiedenen Führungsfrage nach Joschka insgesamt suboptimal war und wir überdurchschnittlich stark Stimmen an die Linke und die Nichtwähler abgeben mussten. Wir haben auch anders als in vorherigen Wahlen (Europa) nicht von der geringen Wahlbeteiligung profitiert.

Aber während wir als Ausgleich zu diesen Verlusten landesweit von der SPD (+ 21.000, ca. 8% gegenüber Grünen Stimmen 2003) und sogar von CDU (+9.000, ca. +3% der Grünen Stimmen von

2003) und FDP (+ 3.000, ca. 1% Grüne Stimmen) Stimmen ziehen konnten, haben wir in Hannover Stimmen an die SPD (- 1.170, ca. 4% Grüne Stimmen) und im Umland an die CDU (- 1.020, ca. 5% Grüne Stimmen) abgeben müssen.

Die Verluste in der Region Hannover (-0,4% der gesamten Stimmen) entgegen der Landesentwicklung (+0,4%) betreffen alle Wahlkreise (Mitte -1,9%, Ricklingen -0,7%, Linden -0,5%, Buchholz -0,1%, Laatzen und Lehrte jeweils -0,4%, Döhren, Langenhagen, Springe und Neustadt jeweils -0,3%, Barsinghausen -1%). Nur im Wahlkreis Garbsen konnten wir unseren niedrigen Stand von 6,8% unverändert halten. Auffallend ist auch, dass Hannovers Umlandwahlkreise, außer in Springe, anders als um die übrigen großen Städte im Land, unter dem Landeswahlergebnis liegen und noch verlieren.

Schaut man dagegen auf die „Überzeugungsgrünen“, die uns auch die Erststimme gegeben

haben, dann hatten wir in vielen Bereichen dort sogar Gewinne gegenüber der letzten Wahl. So z.B. in Hannover-Mitte +1,2%, in Ricklingen und Buchholz je +1%, in Barsinghausen +2%.

Das entspricht im Gegensatz zur letzten Wahl dem landesweiten Trend. Ich glaube nicht, dass dies insgesamt an einer stärkeren Personalisierung unseres Wahlkampfes gelegen hat, sondern dass das aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung auf ein relatives Anwachsen unserer Kernwählerschaft in unserem

Die Region Hannover hat sich in den letzten Wochen vor der Wahl nur in einem Thema vom Rest des Landes unterschieden: Die Debatte um Fahrverbotszonen im Zuge der Feinstaubbelastung.

Dabei geht es weniger um die Notwendigkeit an sich, sondern um die öffentliche Kommunikation und das Zerrbild, das bei den meisten Menschen hängen geblieben ist. In Gesprächen am Stand und in Veranstaltungen hieß es: Wieso bei uns eher und konsequenter als anderswo? Dieses Thema war erfolgreiche



**NRW für Niedersachsen: Als kleine Entschädigung für die Abwerbung der Hannoverschen Vorsitzenden half eine Delegation der Bielefelder Grünen am Wahlkampfstand**

erreichten Wählerstimmenpool zurückzuführen ist.

Woher kommen aber in der Region die beinahe flächendeckenden Zweitstimmenverluste?!

Ein Teil könnte im landesweiten Trend von grünen Verlusten in städtischen Hochburgen begründet sein. Hannover verliert z.B. in Hochburgen (über 20% Stimmanteil) mit vielen Altbauwohnungen gegenüber 2003 3,1%, in Hochburgen mit vielen Singles 3,0%. Das gleiche ist in Oldenburg und Göttingen zu beobachten und dürfte auf den Stimmenverlust an die dort besonders starke Linke zurückzuführen sein. Es gibt aber auch genug Gegenbeispiele, wo GRÜNE in Städten trotz einer starken Linken hinzugewonnen haben (Braunschweig, Osnabrück, Hildesheim (je +1,7%) oder Lüneburg (+3,8%)).

Projektionsfläche für das Schüren von gängigen Vorurteilen gegen „überregulierende grüne Gutmenschen“. Hinzu kam für jüngere WählerInnen unser Eintreten für ein Tempolimit oder auch das Rauchverbot, die ihre erstrebten Freiheiten zu beschneiden drohen (siehe die Plakate der jungen Liberalen „Verboten verboten“). Die Grünen als Spaßbremse? - Da müssen wir in Zukunft stärker Interessenvertreter aller BürgerInnen sein, auch der Begriffsstutzigen oder jungen Freiheitsliebenden, und versuchen zunächst mehr zu überzeugen und zu argumentieren, bevor wir regulieren.

Es muss natürlich auch diskutiert werden, ob unser Wahlkampf gut genug gelaufen ist. Abgesehen von teilweise zu intellektuellen Plakaten, die vielleicht zu viele Themen setzten und der feh-



**Im Dezember sammelten die Grünen KandidatInnen mit einem Flohmarktstand Geld für den niedersächsischen Flüchtlingsrat und die Nordstädter Kindertafel.**

Fortsetzung: Seite 3



**Jürgen Trittin stürzte sich in den Straßenwahlkampf...**



**... besichtigte das Kraftwerk Linden ...**



**... und zeigte am Abend sein Pokerface beim "Pokern um den Klimaschutz"**

## Fortsetzung von Seite 2

lenden bundespolitischen Begleitmusik (hier war das Thema Klimaschutz ab Weihnachten nicht mehr zu finden) fehlte auch eine Zuspitzung zu unserer Funktion im Land und für Zielgruppen. Aber auch bei unseren regionalen Veranstaltungen und Aktionen sollte die Koordination und Mobilisierung besser werden. Und wir müssen zugunsten einiger besser besuchter größerer Veranstaltungen auf viele kleinere Termine verzichten.

Nach 15 Jahren rot/grün in der Stadt ist vielleicht für manche Wähler unser Nutzen für sie auch nicht mehr klar genug erkennbar.

Entgegen den Vorwahlprognosen ist es nicht zum Einbruch bei den jungen Wählern (18 bis 29-Jährige: 13% landesweit, 18,3% in Hannover, Wahlbeteiligung 40%)

zierter für uns Grüne zur Profilierung. Linker und radikaler als die Linkspartei können wir aufgrund unserer seriösen Haushaltspolitik und rechtskonform orientierten Argumentationsweise kaum sein. Deshalb ist es umso wichtiger im Qualitätswettbewerb nun noch präziser an einem eigenständigen grünen Profil zu arbeiten und es wieder stärker gesellschaftlich in Verbänden und Initiativen zu verankern, einschließlich massiver Mitgliederwerbung landauf, landab.

Wir müssen als grüne Bewegung wieder breiter und deutlich mehr werden, wenn wir unsere Kampagnenfähigkeit in der enger gewordenen Konkurrenz ausbauen wollen. Das kann weder die neue Landtagsfraktion noch die Landespartei alleine. Das muss ein gemeinsames Projekt aller Ebenen und Akteure der Partei sein, wenn wir damit im Sinne unserer Inhalte



**Helge Limburg, Claudia Roth, Jörg Schimke und Ursula Helmhold auf dem Lindener Markt**

gekommen. Allerdings können wir es uns zukünftig nicht leisten, bei über 60-Jährigen nur 3%, (Hannover 4%, Wahlbeteiligung 65%) der Menschen zu erreichen. Die Zahl der Älteren mit ihren speziellen Interessenlagen nimmt demografisch stark zu und es ist sicher ein Trugschluss, dass sie ihre politische Vorliebe einfach mit ins Alter nehmen. Für diese Gruppe brauchen wir deutlich mehr programmatische Angebote.

Damit das jetzt nicht falsch verstanden wird: Das Ergebnis der Wahlen ist großartig für die GRÜNEN, auch in der Region Hannover. Und der Wahlkampf war mehr als okay!

Aber die zukünftige politische Lage mit nun fünf Parteien im Landtag wird deutlich kompli-

erfolgreich sein wollen. Wenn uns das gelingt, bin ich zuversichtlich, dass auch zukünftig mindestens die 8 vor dem Komma steht und wir irgendwann die Zweistelligkeit erreichen.

Für die Region Hannover schlage ich, zusätzlich zu den bestehenden Teilnehmungsformen, regelmäßige regionale Ratschläge der OV's zusammen mit Vertretern der anderen Ebenen vor, um uns mit gemeinsam erarbeiteten Veranstaltungen und verantwortlichen lokalen Kümmerern im beschriebenen Sinne besser zu vernetzen und zu wachsen.

**Enno Hagenah**

enno.hagenah@  
lt.niedersachsen.de



Was wäre ein Wahlkampf ohne den guten alten Tapeziertisch mit Infomaterialien nebst grünem Sonnenschirm und Plakaten als traditionelle Formen der WählerInnenansprache? Zwar wird immer wieder kontrovers darüber diskutiert, welchen realen Nutzen Informationsstände haben und wen Plakate überhaupt erreichen, trotzdem ist ein Wahlkampf ohne sie nach wie vor undenkbar. Und die vielen intensiven Diskussionen an den Ständen und die zahlreichen Debatten um unsere Themenplakate zeigen, dass sie nach wie vor funktionierende Träger für unsere Inhalte sind. Das Ende des „Tapeziertischzeitalters“ ist somit in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, trotzdem müssen wir uns fragen, wie wir auch zukünftig gerade in der neuen Fünf-Parteien-Konstellation und dem damit verbundenen wachsenden Konkurrenzdruck die Wählerinnen und Wähler erreichen. Denn auch wenn nicht alle traditionellen Methoden grundsätzlich zur Disposition stehen, gerade bei unseren inhaltlichen Veranstaltungen müssen wir uns grundlegende Gedanken machen. Denn dies ist nach den Erfahrungen im Dezember und Januar auch zu bilanzieren: Unsere Diskussionsveranstaltungen waren in der Regel nur mäßig besucht und erreichten nur einen übersichtlichen Interessiertenkreis. Hierfür lassen sich natürlich verschiedene (Teil-) Erklärungen finden, etwa die hohe Veranstaltungsdichte und fehlende öffentlich emotional diskutierte landespolitische Streitthemen. Den Weg zu unseren Veranstaltungen fanden fast nur bereits aktive Mitglieder. Das ist zu

Rückblick auf den Landtagswahlkampf

# Das Ende des „Tapeziertischzeitalters“?!

**Der vergangene Landtagswahlkampf hat vor allem eins gezeigt: Um auch zukünftig erfolgreich grüne Politik vermitteln zu können, müssen wir unsere Methoden und Angebote stetig weiterentwickeln.**



**Hat noch längst nicht ausgedient: Der gute alte Tapeziertisch. Hier ein durchnässtes aber glückliches Exemplar am Weißekreuzplatz.**

wenig für eine Partei, die sich als innovative Denkfabrik versteht, die neue Themen aufgreift und eine Plattform für grundsätzliche Auseinandersetzungen und für intelligente politische Debatten bieten möchte.

Was können und was müssen wir zukünftig besser machen? Sicherlich, nach dem Rückzug von Joschka Fischer fehlt uns ein Marktplatzfüller wie ihn die Linkspartei in Form von Lafontaine und Gysi hat. Aber wir brauchen den Kopf deshalb noch lange nicht in den Sand zu stecken. Auch wir haben in diesem Wahlkampf bei einigen Veranstaltungen regen Zulauf gehabt und gute Diskussionen geführt. Dies war vor allem dann der Fall, wenn wir neue Formate abseits der Norm gesucht haben. Das Paradebeispiel ist hierfür die politische Kochveranstaltung zur sozialen Grundsicherung in der ASG-Kochwerkstatt. Hier ist es uns gelungen, mit einer neuen Veranstaltungsstruktur viele Interessierte anzuziehen und ein Klientel zu erreichen, das normalerweise keine grüne Veranstaltung besuchen würde (z.B. Hartz IV-EmpfängerInnen, VertreterInnen von Arbeitslo-

senverbänden). Wir waren dann erfolgreich, wenn wir Themen aufgegriffen haben, die die Menschen bewegen und konflikthaft sind – in diesem Fall die Zukunft der sozialen Grundsicherung – und durch eine gezielte Ansprache gesellschaftlicher Gruppen und potentieller politischer BündnispartnerInnen. Hier dürfen wir auch das Streitgespräch nicht scheuen. Lieber eine hitzige Debatte auch mit GegnerInnen unserer Politik, als eine langweilige Konsensveranstaltung in Kleingruppengröße.

Sowohl in der Koch-Veranstaltung als auch bei dem Pokeraabend mit Jürgen Trittin haben wir die klassische Gestaltung Podium – Publikum bewusst durchbrochen. Egal ob die BesucherInnen nun einen Teller mit einem 1,37 Euro-Gericht (dem durchschnittlichen Maximalpreis eines Mittagessens von Kindern in einem Hartz IV-Haushalt) in der Hand hielten oder ein Pokerblatt, sie waren in die Veranstaltung einbezogen und wurden aus der Rolle des passiven Zuschauers herausgeholt. Statt dem Abarbeiten der Podiumsbeiträge mit anschließenden Nachfragen bot das Kochexperiment die Möglichkeit, von Anfang an mitzudiskutieren und einen abwechslungsreichen Abend mitzugestalten. Beim Pokeraabend stand natürlich das Spiel im Vordergrund. Dabei ist es jedoch gelungen, in einem eigentlich unpolitischen Rahmen grüne Themen zu platzieren und auch hier ein eigentlich nicht grün-typisches Klientel zu erreichen.

Aufgreifen von politischen Brennthemen, zielgruppenorientierte Formate und Möglichkeiten zur interaktiven Teilhabe an den Veranstaltungen – es lohnt sich diese Leitideen weiter zu entwickeln und zu verfeinern. Der Landtagswahlkampf hat nicht das Ende des „Tapeziertischzeitalters“ eingeleitet, aber den Handlungsbedarf für die Ausrichtung unserer zukünftigen Arbeit aufgezeigt.

Mit mehr Mut zu Experimenten und dem Aufsuchen neuer kreativer Formate haben wir die Möglichkeit, neue Interessierte für grüne Politik zu gewinnen. Dies gilt es auch außerhalb der Wahlkämpfe umzusetzen.

Jan Haude

jan.haude@web.de



**Wahlkampf der Zukunft? - Die erfolgreiche Veranstaltung "Satt und gesund für'n Euro? - Kochen mit Hartz IV"**

# Nazis stoppen!

Die Linkspartei sitzt im Landtag. Am rechten Rand hingegen hat sich wenig getan. Die NPD wurde totgeschwiegen. Aber wo war sie denn im Januar 2008? Patrick Drenske hat einige Antworten.

Am Wahltag waren die Rechtsradikalen dort, wo sie vor fünf Jahren nicht waren: An der Urne. Die NPD holte in Niedersachsen 1,5% und bekommt somit erstmals seit 1974 eine Wahlkampfkostenrückerstattung. 52.817 Menschen, also eine kleine Stadt, haben ihr Kreuz bei den Braunen gemacht. Bei 0,85 Euro pro Stimme und Jahr bekommt die NPD bis zur nächsten

Landtagswahl 224.472,25 Euro aus Steuergeldern allein für die Wahl. Eines der Produkte, die die NPD mit diesem Geld finanziert, hielt ich am Donnerstag, den 24. Januar in der Hand. Bereits früh Morgens waren Malte Vogt und ich unterwegs, um für die Neue Grüne Schule zu

werben. Vor der Teilkampfschule drückte mir im Halbdunkeln ein breitgrinsender Jugendlicher eine CD in die Hand. Viel schlimmer als die Aufschrift „Musik für Deutsche“ kam mir in dem Moment seine Freundlichkeit vor. Nach einem Blick auf die Grüne Wahlkampfzeitung in meiner Hand lächelte er höflich und sagte sehr freundlich, dass er sie nicht gebrauchen könne, ich solle sie lieber jemandem anderes geben. Ich schluckte. „Ich hau Dich gleich kaputt, hör auf so nett zu mir zu sein!“ schoss es mir durch den Kopf. Ich besonn mich aber eines Besseren und ging schleunigst in die Schule, wo ich den Schulleiter informierte. Als ich mit ihm wieder auf das Außengelände kam, hatte Malte bereits einen vorbeifahrenden Lehrer angehalten, der dabei war, den Faschos die Meinung zu geigen. Er konnte sie auch tatsächlich überreden, abzuhaufen. Auf dem Weg zur Bahn verteilten sie zwar noch einige Scheiben,

aber das bekamen wir auch nur mit, weil die Beschenkten fleißig dabei waren, die CDs zu zerbrechen. Ein zweites braunes Rendezvous ereignete sich am Tag zuvor auf dem Mühlenberger Markt. Dieses begann zwar viel harmloser, endete aber mit einem kriminalpolizeilichen Verhör auf der Wache in Ricklingen. Kurz bevor wir den Stand einpacken wollten, gingen vier Jugendliche über den Markt und an unserem Infotisch vorbei. Einer von ihnen brüllte, sichtlich amüsiert, warum denn die NPD nicht da sei. Und dann ging eigentlich alles ganz schnell. Ich antwortete: „Die sind nicht hier weil sie scheiße sind.“ Er drehte sich um, hob den

rechten Arm (um auf den Kirchturm zu zeigen, wie er später beteuerte) und verstummte erst wieder, als die von mir gerufene Polizei eintraf. Ich erstattete Anzeige. Drei Stunden später bekam ich einen Anruf von der Polizeiwache, der Verdächtige werde noch immer vernommen und ich möge mich doch bitte als geschädigte Person zu einer Aussage bereit erklären. Am Ende sah ich von einer persönlichen Anzeige ab, weil der junge Mann nicht mehr besonders fröhlich aussah, nachdem die KriminalpolizistInnen ihn vernommen hatten. Er habe wohl verstanden, dass ein Hiltegruß nicht spaßig sei, wurde mir mitgeteilt. Die Polizistin versicherte mir dann noch, laut Wahl-O-Mat müsse sie Grün wählen. Ich habe ihr natürlich dazu geraten, dem zu folgen.



Die Grüne Jugend setzte mit ihrer CD "Abrocken und Nazis stoppen" und der dazugehörigen Party im Bei Chez Heinz ein starkes Zeichen im Wahlkampf.

Pat Drenske  
patrick.drenske@gj-nds.de



Ein großer Grüner Block unterstützte die Demonstration gegen Studiengebühren zwei Tage vor der Landtagswahl.



Veranstaltung Grün Leben in der Wedemark mit Hans-Jürgen Klein: Dort wurden Möglichkeiten skizziert, die sich im Alltagsleben zum Beispiel in den Bereichen Wohnen, Ernährung und Mobilität für ein energiesparendes und trotzdem modernes Verbraucherverhalten bieten. Dabei gab es die Gelegenheit, Essen und Trinken aus ökologischem Anbau zu probieren.



Diskussion zum Konzept der Neuen Schule für Niedersachsen in der Aula der Theodor-Heuss-Schule in Empelde mit Anja Möhring (Direktkandidatin), Ina Korter (schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion), Karl Schatz-Wanek, Irmela Weinhardt (GEW Hannover), Dr. Burkhardt Hennicke (Lehrer Marie-Curie-Schule).

## Wie und wann bist Du zu den Grünen gekommen und wie kam es dann zu Deiner Mitarbeit im Regionsvorstand?

Ich bin ja aus dem Rhein-Main-Gebiet und habe aktiv die Zeit an der Startbahn 18 West mitbekommen, war oft im Wald...

Als ich im Jahr 2002 nach Hannover gezogen bin, bin ich dann auch endlich bei Bündnis 90/Die Grünen eingetreten. Seither arbeitete ich in der Kinder- und Jugend AG mit, dort bekam ich dann auch Kontakt zum Vorstand, der Rest ergab sich dann. Es werden ja immer mal wieder Aktive gesucht, die daran interessiert sind, sich einzubringen und Politik zu gestalten. Die Vorstandsarbeit bietet sich hier an. Insbesondere der "neue" Regionsverband steht ja noch vor einer Vielfalt von gestaltbaren Aufgaben. Aufgrund der Größe des Verbandes ist auch künftig sicherlich eine deutliche Einflussnahme auf Landes- und bundespolitischer Ebene denkbar. Von der Region Hannover aus können, so fern es gewollt ist, politische Akzente gesetzt werden. Das ist spannend.

## Wie sieht Deine persönliche Bilanz nach zwei Jahren Vorstandsarbeit aus?

Zwar haben wir in der bisherigen Vorstandsarbeit zunächst danach

## Neuwahl des Regionsvorstands

# Engagement für die Zukunft

**Auf der Mitgliederversammlung am 1. März wählt der Regionsverband einen neuen Vorstand. Kim Fitz ist Beisitzerin im aktuellen Vorstand. Im Interview gibt sie Einblicke in ihre persönlichen Erfahrungen mit der Vorstandsarbeit.**



Kim Fitz

geschaut, dass Stadt und Umland zusammenwachsen, dass das Profil des Vorstandes erarbeitet wird und dergleichen mehr, aber ich

denke dass nun die Zeit gekommen ist, aktiv im Regionsverband Themen zu besetzen. Die Linke zeigt uns, dass es einen immensen politischen Handlungsbedarf im Sozialbereich gibt. Dieser Themen sollten wir uns annehmen. Ich glaube auch, dass der Bereich Gesundheit noch angegangen werden muss. Dabei werden die Grünen sicherlich weiterhin nachhaltig den Klimaschutz vortreiben müssen.

## Was ärgert Dich im Rückblick?

Mich persönlich ärgert es, dass ich letztlich nicht genug Zeit hatte, mich in die für mich interessanten Themen einzuarbeiten. Sicherlich hätte ich wesentlich mehr inhaltliche Arbeit voran-

treiben können. Dabei scheitere ich persönlich aber immer wieder an der Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und politischem Ehrenamt, obschon die Arbeit im Vorstand eigentlich noch überschaubar ist (wöchentliche bis 14-tägige Treffen). Dazu kommt aber noch der ein oder andere Termin, das eine oder andere Schreiben, das eine oder andere Telefonat und die Mitarbeit im Regionsparteirat.

## Was hat Dir persönlich am meisten Spaß gemacht?

Neben der Arbeit, die ja tatsächlich auch mit der Vorstandsarbeit verbunden ist, sind die Grünen auch nette Leute. Die Arbeit im Vorstand hat mir nebenbei auch das eine oder andere Glas Wein in geselliger Runde beschert.

## Was sollte Deine Nachfolgerin mitbringen?

Ich freue mich sehr, wenn im künftigen Regionsvorstand kluge Menschen engagiert und fröhlich handfest Politik gestalten. Dass soziale Fragen mehr Gewicht in der Partei haben sollten, ist ja nun kein Geheimnis.

Falls Du liebe Leserin Interesse an der Vorstandsarbeit bekommen hast, ruf mich doch einfach an, ich beantworte gerne Deine Fragen (Tel.0511- 43833755)

1. März 2008

# Mitgliederversammlung des Regionsverbands

## Neuwahl des Regionsvorstands und des Regionsparteirats.

Am Samstag den 1. März wählt der Regionsverband einen neuen Vorstand und einen neuen Parteirat. Nach der Fusion der beiden Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land ist dies die erste Neuwahl dieser beiden wichtigsten Gremien des Regionsverbands.

Für den Regionsvorstand werden zwei SprecherInnen, einE SchatzmeisterIn und fünf BeisitzerInnen gewählt. Für den Regionsparteirat sind 35 Mitglieder zu wählen, von denen 27 aus den 21 Ortsverbänden kommen (davon bis zu sieben aus Hannover).

Die Mitgliederversammlung beginnt um 11 Uhr im Sitzungssaal der Regionsversammlung im Haus der Region (Eingang Neubau) Hildesheimer Straße 20 30169 Hannover Haltestelle Aegidientorplatz

Wir freuen uns sehr, Bärbel Höhn für diese Mitgliederversammlung als Gast gewonnen zu haben. Sie wird zum Thema „Faire Preise? Soziale Preise? Grüne Ziele klimaschützender Energieversorgung“ sprechen.

Wenn Ihr Interesse an einer Kandidatur für den Regionsvor-

stand habt, meldet Euch bitte in der Geschäftsstelle unter [region@gruene-hannover.de](mailto:region@gruene-hannover.de) oder 0511/3008866.

Alle schriftlich eingegangenen Bewerbungen für den Regionsvorstand werden im Internet unter [www.gruene-hannover.de/show/924833.html](http://www.gruene-hannover.de/show/924833.html) veröffentlicht.

Weitere Bewerbungen können der Versammlung mündlich vorgebracht werden. Da es bisher kaum weibliche Kandidatinnen gibt, bitten wir weiterhin vor allem Frauen, sich für den Regionsvorstand zu bewerben.

## Die geplante Tagesordnung der Mitgliederversammlung im Überblick:

11:00 Uhr  
Haushalt des Regionsverbands

ca. 11:30 Uhr  
Vorbereitung der LDK in Hameln

12:00 Uhr  
Politische Rede von Bärbel Höhn

ca. 12:45 Uhr  
Rechenschaftsbericht des Vorstands

ca. 13:15 Uhr  
Wahl des Regionsvorstands

ca. 14:45 Uhr  
Wahl des Regionsparteirats

ca. 15:30 Uhr  
Sonstiges

Ende gegen 16:00 Uhr

Wir freuen uns über eine rege Teilnahme!

Innerhalb dieser Wahlperiode (2006 – 2011) soll es für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben. So lautet die Formulierung in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung in der Region Hannover. Dass dieses Wahlversprechen im Haushaltsjahr 2008 nun tatsächlich auf den Weg gebracht wird, war erklärtes Ziel der grünen Regionsfraktion und ist Ergebnis zahlreicher Arbeitssitzungen mit der SPD, der Regionsverwaltung, Treffen mit Betroffenenengruppen und Austausch mit anderen Kommunen.

Vorrangiges Ziel des Sozialtarifs ist für uns, den berechtigten Menschen eine deutlich spürbare Erleichterung und ein möglichst leicht zugängliches Angebot zu bieten.

### Leichter gesagt als getan

In der politischen Vorbereitung und Diskussion wurde schnell deutlich, dass ein vergünstigter Tarif für Einkommensschwache leichter gefordert als realisiert ist.

Jenseits linkspopulistischer Maximalforderungen gestaltet sich die Einführung eines solchen Angebotes als Vorhaben mit vielen Unbekannten. Dabei stand für die Grüne Fraktion eine Umsetzung nach dem Motto „erstmal Gutes für die Schwachen tun und dann sehen welche Auswirkungen das auf die Finanzen der Region hat“ von Anfang an nicht zur Diskussion.

Eine Einführung war für uns nicht denkbar ohne gesicherte Erkenntnisse darüber zu haben, wie viele Menschen, zu welchen Bedingungen, mit welchen Auswirkungen auf das Gesamttarifgefüge des GVH ein „Sozialticket“ nutzen werden.

Der Regionshaushalt ist auch 2008 defizitär. Neue freiwillige Leistungen, wie die Finanzierung eines Sozialtarifs, sind ein finanzielles Wagnis. Um finanzielle Risiken für die Region Hannover auszuschließen und möglichst gesicherte Daten darüber zu erhalten, wie ein erfolgreicher, also von den NutzerInnen akzeptierter Tarif, aussehen muss, sieht unser Antrag zunächst eine Marktstudie vor. Diese wird derzeit umgesetzt. Das differenzierte Ergebnis dieser Studie wird der Politik die Erkennt-

# Grundbedürfnis Mobilität

Ein ÖPNV – Sozialtarif für die Region Hannover



Schnell und sicher mit Bus und Bahn ans Ziel: Bald auch zum Sozialtarif. (Foto: flickr.com CC by Kossy@FINEDAYS)

nis liefern, wie viel Sozialtarif, für wie viele Menschen zu welchem Preis möglich sein wird.

Für die Linke in der Regionsversammlung war die aufschiebende Wirkung der vorangestellten Stu-

Forderungen zu haben. Dabei übersieht sie geflissentlich, dass es die Grünen in der Region waren, die seit 7 Jahren den Sozialtarif immer wieder auf die Tagesordnung brachten.

### Ziel ist ein vollwertiges Angebot

Über das vorrangige Ziel hinaus stehen für uns Grüne diverse Eckpunkte, die ein Sozialtarif leisten soll. Eine Regelung, dass eine Sozial-Monatskarte nur zu bestimmten Zeiten gültig ist (beispielsweise erst ab 09:00 Uhr) lehnen wir ab. Das Angebot muss vollwertig sein. Innerhalb des geltenden GVH-Tarifgefüges muss der Sozialtarif spürbar günstiger sein als der SeniorInnen-tarif. Sinnvoll, da RentnerInnen die zusätzlich auf Sozialleistungen angewiesen sind, natürlich eine höhere Vergünstigung bekommen sollen als vermögende. An dieser Stelle diskutierten wir intern auch die Abschaffung des Seniororientarifs als mögliche Gegenfinanzierung zum Sozialtarif. Eine Variante die durchaus Fürsprecher findet, jedoch nicht zuletzt umweltpolitisch fragwürdig ist. Das Argument, dass über den Senio-

### Verkehrsbedürfnis

ist die Bezeichnung für ein Bedürfnis nach Ortsveränderung. Um das Verkehrsbedürfnis umsetzen zu können, ist Mobilität notwendig, also die grundsätzliche Fähigkeit zur Überwindung räumlicher Entfernungen. Das Verkehrsbedürfnis ist eine Mangelerscheinung, ein Gefühl, das einen Menschen befällt, wenn er ein räumlich entferntes Ding haben, machen, tun oder lassen will. (aus Wikipedia, die freie Enzyklopädie)

die natürlich Anlass zu unterstellen, unser Antrag solle im Ergebnis dazu führen, keinen Sozialtarif einzuführen. Wie gesagt eine Unterstellung, die aus Sicht der Linken nachvollziehbar erscheint, glaubt sie doch derzeit das Urheberrecht auf alle sozialpolitischen

innentarif ehemals berufstätige Monatskartenkunden auch im Ruhestand als KundInnen gehalten werden, spricht ebenfalls für diesen Tarif. Kritisch sehen wir auch nach wie vor eine Lösung für vergünstigte Fahrscheine nach dem Vorbild des Hannover-Passes. Hier müssen Betroffene zunächst Geld bezahlen, um dann in den Genuss von Vergünstigungen zu gelangen. Ein Verfahren, dass sich für die KundInnen erst nach mehreren Fahrten rechnet und nicht den angestrebten einfachen Zugang zum Tarif bietet. In diesem Zusammenhang ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass der Sozialtarif, wie immer er aussehen wird, aktiv und zielgruppenspezifisch beworben wird. Denn die Betroffenen sollen sich den Tarif nicht nur leisten können, sie sollen auch wissen, dass es ihn gibt.

Eine besondere Aufgabe wird es sein, auch Obdachlose und Drogenabhängige in den Genuss des Sozialtarifes zu bringen. Vor allem diese Gruppe wird infolge nicht gezahlter erhöhter Beförderungsentgelte (also Schwarzfahren) häufig straffällig. Dass diese Menschen eine, preislich wie auch immer reduzierte, Monatskarte kaufen, ist fraglich. Dennoch müssten Wege möglich sein, dass über Initiativen und Einrichtungen dieser Personenkreis Sozialtickets erhält.

### Einführung voraussichtlich im Dezember

Der Rot-Grüne Antrag sieht eine Einführung des Tarifs zum Juli oder Dezember 2008 (Fahrplanwechsel) vor. Wahrscheinlicher ist bereits jetzt eine Einführung im Dezember 2008. Diese Aussicht ist für die möglichen NutzerInnen wenig befriedigend. Eine Einführung im Dezember bietet aber auf der anderen Seite größtmögliche Chancen einen Sozialtarif zu präsentieren, der breite Akzeptanz findet und zu einem dauerhaften Angebot in der Region Hannover wird.

**Doris Klawunde**  
DorisKlawunde@aol.com



**Meike Schümer**  
meike.schuemer@web.de



**Mark Meißner**  
mark.meissner@region-hannover.de



**Schäuble rastert völlig aus**

Zu den Äußerungen von Bundesinnenminister Schäuble auf dem 11. EU-Polizeikongress erklärt Silke Stokar: Bundesinnenminister Schäuble will ein engmaschiges Netz der totalen elektronischen Überwachung über den erweiterten Schengen-Raum ziehen. Die grenzenlose Aushöhlung des deutschen und europäischen Datenschutzrechts nimmt Schäuble dabei in Kauf. Mit seinen Forderungen nach dem unbeschränkten polizeilichen Zugriff auf alle Daten vom Autokennzeichen über den Fingerabdruck bis hin zu DNA-Merkmalen wird Europa zur datenschutzfreien Zone erklärt.

Die Totalerfassung der elektronischen Kommunikation haben wir schon. Jetzt soll die verdachtslose Überwachung aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch die Erfassung aller Reisedaten von der Flugreise über die Seereise bis hin zur Speicherung von Autokennzeichen und elektronisch erworbenen Fahrkarten weiter perfektioniert werden. Schäuble rastert völlig aus. Mit seinen Vorschlägen reißt Schäuble alle Bürgerrechtsschranken und verfassungsrechtlichen Grenzen ein. Wir sehen uns in unserer Forderung nach einem umfassenden Grundrecht auf Datenschutz im Grundgesetz erneut bestätigt. Bundesjustizministerin Zypries mag erneut einen Koalitionskrach vom Zaune brechen, nur Empörung hilft hier nicht weiter, die SPD muss handeln und Schäuble stoppen.

Mehr zum Thema : [www.stokar.de/show/905771.html](http://www.stokar.de/show/905771.html)

**Datenschutz bei RFID sicherstellen**

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen "Datenschutz bei der Verwendung von RFID-Chips sicherstellen":

Der Einsatz der RFID-Technologie schreitet immer weiter voran. Wir sehen die Potentiale dieser Zukunftstechnologie, verschließen aber gleichzeitig nicht die Augen vor den Risiken für die Endverbraucher. Wir sehen die Verantwortung der Politik, die

Anwendung der RFID-Technologie nicht ausschließlich dem Markt und der Wirtschaft zu überlassen. Die Politik muss Standards für Datenschutz und Verbraucherschutz setzen, wir fordern eine transparente Debatte über Chancen und Risiken dieser neuen Technologie. Die ethischen Grenzen beim Einsatz der RFID-Technologie müssen gesetzt werden.

Es ist nicht Science-Fiction, sondern konkrete Überlegung der britischen Regierung, verurteilten Straftätern RFID-Chips zu implantieren, um so die überfüllten Gefängnisse zu entlasten. Wir ziehen hier klar die Grenze: Chips zur Überwachung von Menschen zu implantieren ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Und wir lehnen die Speicherung von biometrischen Fingerabdrücken im Personalausweis ab. Hier wird die gesamte Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr ererkennungsdienstlich behandelt. Aus dem Identifikationsinstrument Ausweis wird so schleichend ein Überwachungsinstrument. Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Chip im Ausweis, aber auch hier gilt ähnlich wie bei der Gesundheitskarte: Die Bürgerinnen und Bürger müssen über ihre Daten selbst bestimmen. Unser Hauptkritikpunkt richtet sich aber gegen den Einsatz von RFID-Chips im Einzelhandel. Wir fordern hier eine verbindliche und verlässliche Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Einhaltung von Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards.

Der gesamte Antrag: [www.stokar.de/bundestag/antraege/index.html](http://www.stokar.de/bundestag/antraege/index.html)

**Politische Bildungsfahrt nach Berlin**

Die nächste politische Bildungsfahrt nach Berlin findet vom 7.-9. Mai 2008 statt, es gibt noch Plätze, bei Interesse bitte im Wahlkreisbüro anmelden.

Kontakt: Wahlkreisbüro: Jeanette Weinrich, Tel: 30 66 52, [silke.stokar@wk.bundestag.de](mailto:silke.stokar@wk.bundestag.de), [www.stokar.de](http://www.stokar.de).

**Eure Silke Stokar**  
[silke.stokar@wk.bundestag.de](mailto:silke.stokar@wk.bundestag.de)  
 Tel.: 0511 30 66 52



# Kommunaler Klimaschutz

**Erster Autofreier Sonntag in Hannover am 18. Mai**

Auch auf kommunaler Ebene ist Klimaschutz wichtiger denn je. Zur Umsetzung der Erkenntnisse aus der Klimaschutzbilanz LHH 1990-2005 erarbeitet die Verwaltung zur Zeit in enger Abstimmung mit der Stadtwerke Hannover AG und den "Betroffenen" (Wohnungsbauunternehmen, Gewerbe, Verbände usw.) eine Aktualisierung des 1996 vom Rat beschlossenen kommunalen Klimaschutzprogramms. Als oberstes Ziel für die Erarbeitung eines kommunalen Klimaschutzprogramms gibt die rot-grüne Ratskoalition dabei der Verwaltung vor bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 % gegenüber dem Stand 1990 zu senken. Hierzu muss die zentrale und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung forciert ausgebaut, mehr Energie eingespart und vermehrt Erneuerbare Energien eingesetzt werden.

In einem entsprechenden Ratsantrag hat sich Grün-Rot auf eine Reihe von Zielen und Maßnahmen geeinigt, um die 40 % CO<sub>2</sub>-Reduktion zu erreichen. Diese sollen eine Rahmenvorgabe für das von der Verwaltung und den Stadtwerken zurzeit in Arbeit befindliche kommunale Klimaschutzprogramm sein.

Die Ziele und Maßnahmen haben ein breites Spektrum: Für eine umweltverträgliche Mobilität fordert Rot-Grün beispielsweise ein Autofreies Wochenende – einen ersten Autofreien Sonntag wird es in Hannover am 18. Mai geben. Eine besondere Herausforderung dürfte auch sein, die bisher im Kohlekraftwerk Mehrum erzeugte Energie bis 2020 durch regenerative Energieerzeugung komplett zu ersetzen.

Weitere Ziele und Maßnahmen aus dem rot-grünen Ratsantrag sind unter anderem:

- Stromsparkampagnen, u.a. für MieterInnen und Betriebe

- Der Anteil an Erneuerbaren Energien der Stadtwerke an der Stromproduktion soll bis 2020 20% erreichen.
- Vorrang für Fernwärme und Blockheizkraftwerke (BHKW) bei Heizungserneuerungen.
- Energetische Standards in allen Grundstückskaufverträgen, Pachtverträgen, Erbpachtverträgen, Städtebaulichen Verträgen.
- Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft zur Entwicklung eines „Hannover-Standard“ für die Altbausanierung.
- Emissionsarme Citylogistik.
- Verbesserung des Radwegetzes und des ÖPNV, zusätzliches Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof.
- Anforderungen an den städtischen Fahrzeugpark: Bei Anschaffung von neuen Fahrzeugen auf höchstmögliche CO<sub>2</sub>-Effizienz achten.
- Mit den städtischen Töchtern und Eigenbetrieben werden über die Laufzeit des Klimaschutzprogramms verbindliche Vereinbarungen über die jeweiligen spezifischen Ziele eines Unternehmens festgelegt.
- Hannover Impuls: Entwicklung eines Arbeitsprogramms für den Bereich Energie und Klimaschutz, das die Betriebe und den Standort im internationalen Wettbewerb substanziell unterstützt.
- Proklima: Mittel sollen zukünftig für die alltagstaugliche Breitenförderung verwendet werden, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten bei der Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten von einkommensschwachen Bevölkerungsteilen.

**Michael Dette**  
[michael.dette@hannover-rat.de](mailto:michael.dette@hannover-rat.de)



# Stellungnahme zum regionalen Nahverkehrsplan

Mit einem Änderungsantrag zur Stellungnahme der Stadt zum regionalen Nahverkehrsplan hat Rot-Grün im Rat eigene Akzente zur weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV in Hannover gesetzt.



Grün und gut: Kein Stau im ÖPNV. (Foto: flickr.com CC by assbach)

Neben vielen kleineren Anregungen in der Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover zum Entwurf des Nahverkehrsplanes 2008 der Region Hannover wird von Rot-Grün insbesondere der schnellere behindertengerechte Ausbau der Stadtbahn durch die Beschleunigung des Hochbahnsteigprogramms gefordert. Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der Bevölkerung von großer Bedeutung. Darüber hinaus wird seitens der Ratskoalition eine Stadtbahnverlängerung vom Endpunkt EXPO-Ost über das EXPO-Gelände nach Laatzen-Mitte gewünscht. Neben der Erschließung des EXPO-Geländes würde dies eine bessere Anbindung der BewohnerInnen des Kronsbergs an Laatzen bringen. Außerdem wird nun in der Stellungnahme eine Untersuchung zur besseren Verknüpfung und Beschleunigung der Innenstadtlinien 10 und 17 bei gleichzeitiger Prüfung einer Anbindung dieser Stadtbahnlinien über Schiffgraben und Hindenburgstraße an

die Zoolinie befürwortet. Ob dies am besten durch eine ober- oder unterirdische Linienführung zu erreichen ist, soll eine vergleichende Untersuchung der Region Hannover ergeben. Mit der Einführung der Umweltzone zur Reduktion der Feinstaubbelastung und der im Kommunalen Klimaschutzprogramm angestrebten Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 % bis 2020 ist eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV besonders wichtig. Gerade auch vor dem Hintergrund des entstehenden ECE-Centers muss den Menschen eine attraktive Alternative zur Autofahrt in die City geboten werden. Wir Grünen setzen daher auf den weiteren Ausbau des ÖPNV in Hannover. Aber auch der Einzelhandel könnte, wie bereits in der Vergangenheit, Einzelfahrscheine ab einer Einkaufssumme von z.B. 10 Euro erstatten und damit ein sichtbares Signal zur Unterstützung des ÖPNV setzen.

**Michael Dette**  
michael.dette@  
hannover-rat.de



## AUS DEM LANDTAG

**Nach der Wahl ist vor der Wahl...**

Noch 1817 Tage bis zur nächsten Landtagswahl waren es bei der Abfassung dieser Zeilen. Der Countdown wird an der Wand vor der Geschäftsstelle der Fraktion bereits wieder mit großen Zahlen täglich neu angezeigt. Das macht so kurz nach der Wahl klar: Wir GRÜNE machen es uns nicht gemütlich in der Opposition.

Wir wollen da möglichst schnell raus und die Geschicke des Landes direkt mitgestalten. Wir wollen raus aus der Kulisse an das Steuerrad, denn die derzeitige neue/alte Crew auf der Kommandobrücke lässt angesichts der rauen See in den demografischen Umwälzungen mit Globalisierungs-Riffs und Klimawandel-Untiefen nichts Gutes für die Zukunft des Landes erwarten.

Angesichts des bewussten Wegsehens der Koalitionäre vor diesen Herausforderungen fällt uns in der Opposition beinahe so etwas wie die Rolle des Lotsen zu. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, um durch harte Oppositionsarbeit größere Havarien zu verhindern.

**Platz schaffen für neue Gesichter**

Derzeit bestimmen aber noch Papier-Sammelcontainer das Erscheinungsbild der Flure in der grünen Fraktion. Alle misten ihre Büros aus, um Platz für die bevorstehende politische Arbeit zu schaffen. In sechs Abgeordnetenbüros wird sogar ein Komplettauszug vorbereitet. Hans-Albert, Doro, Andreas, Georgia, Meta und Hanso sind im neuen Landtag nicht mehr vertreten.

Die vier neuen grünen Gesichter auf der Landtagsbühne, Miriam, Helge, Elke und Christian sind allerdings bisher auch nur sporadisch vor Ort, denn noch gilt es zu warten, bis für sie Platz geschaffen wurde. Offiziell beginnt Ihre Arbeit ja auch erst mit der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages am 26. Februar.

**Zeit für Abschiedsfeiern**

Weil noch nicht klar ist, wie viel Geld in dem zwar mit rund 30 Abgeordneten weniger, aber nun mit fünf statt vier Fraktionen besetzten Landtag für die Fraktionen zur Verfügung stehen wird, und auch noch offen ist, welche möglichen Neuzuschneide der Ministerien in den Koalitionsverhandlungen von CDU und FDP heraus kommen, konnte bisher weder abschließend über den Zuschnitt der Fachbereiche der grünen Abgeordneten noch über Anzahl und Zuständigkeit der Beschäftigten entschieden werden. – Eine gute Zeit zum Aufräumen, für Wahlanalysen (siehe S.1), Willkommens- und Abschiedsfeiern.

**Wetten dass...?**

Einen erheblichen monetären Beitrag zum traditionellen Wahlwetten-Essen wird dieses Mal Enno berappen müssen. Mit 12,5 Euro fuhr er das viertschlechteste Wetterergebnis aller Beteiligten aus der Fraktion ein. (10 Cent für jede Abweichung von 0,1 % vom tatsächlichen Ergebnis.) Als hoffnungsvoller Optimist hatte er mit einer frühen Wette schon vor Weihnachten auf eine grüne Regierungsbeteiligung und zwar in klassischer rot/grüner Form gesetzt. (CDU 43,3%, SPD 34,2%, Grüne 9,3 %, FDP 4,9 %, Linke 4,3%) Mit ein bisschen mehr Mobilisierung und Zuspitzung hätte es ja vielleicht klappen können....

**P.S.:**

Eine Änderung gibt es bereits definitiv in der neuen Wahlperiode. Nach über neun Jahren engagierter Arbeit verlässt Margarete Hoffers Ennos Büro, und hat mehr Zeit für Kunst, Klavier und Garten. Das Büro von Enno leitet ab März Maaret Westphely, die sicher vielen schon aus ihrer Arbeit in der grünen Stadtratsfraktion und aus der Stadtteilgruppe Mitte bekannt ist.

**Euer Enno Hagenah**  
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de  
Tel.: 0511 3030-3308



### Neue AG Soziales, Jugend, Gesundheit und Integration

Am 12. Februar traf sich zum ersten Mal die neue Arbeitsgemeinschaft für Soziales, Gesundheit, Jugend und Migration in der Regionsfraktion. Neben den Zuständigkeiten des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Wohnungswesen und interkulturelle Angelegenheiten, beschäftigt sich die AG mit regionsweiten jugendpolitischen Themen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: erstens ist es bisher nicht gelungen eine eigenständige Regions-AG Jugend aufzubauen und zweitens sehen wir gerade bei den Themen Gesundheit und Migration nicht zuletzt jugendpolitische Schwerpunkte für unsere Arbeit in der Region. Zu den ersten sozialpolitischen Arbeitsschwerpunkten der AG zählt die Umsetzung des Sozialtickets der Region. Vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Rechtmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften, wird natürlich das Thema „Hartz IV nach Karlsruhe“ die AG im Jahr 2008 beschäftigen. In der ersten Sitzung wurde auch deutlich, dass mehr grüne gesundheitspolitische Meinungen und Initiativen gefragt sind. Hierfür fehlen der AG auch noch echte Gesundheitsexperten.

### Metropolregionstreffen mit Cityförster und Jan Haude

Das Architekturbüro „Cityförster“ stellt beim grünen Metropolregionstreffen am 26. Februar im Regionshaus um 17:30 Uhr (Raum 62) seinen Wettbewerbsbeitrag „Holistic Uniqueness“ vor. Mit dem haben sie den 2. Preis beim Wettbewerb „Greater Helsinki Vision“ gewonnen. Außerdem erfahren wir interessante Details aus Jan Haudes Magisterarbeit: „Regional Governance mit organisatorischem Kern am Beispiel der deutschen Metropolregionen“. Es wird also spannend – und einmalig, denn wir haben auch die anderen großen Regionsfraktionen und Teile der Verwaltung eingeladen. Dies ist sozusagen unser Abschiedsgeschenk an die Metropolregion, denn mit Beschluss der neuen Geschäftsordnung und (Neu-)aufstellung

der Metropolregion liegen deren Fäden im wesentlichen in den Händen der namensgebenden Städte Hannover, Braunschweig und Göttingen.

### Grundsätze des Landschaftsschutzes

Da etliche Landschaftsschutzgebietsverordnungen in der laufenden Wahlperiode überarbeitet werden, hat die grüne Umwelt-AG Maßstäbe für den weiteren Umgang mit Landschaftsschutzgebieten (LSG) entwickelt. Jetzt liegt ein gemeinsames mit der SPD geeinigtes Positionspapier vor, das auch von den Regionsgremien als zukünftige Leitlinie für Politik und Verwaltung beschlossen werden soll. Dies sieht zum Beispiel vor, dass bei der Bewertung der Schutzwürdigkeit einer Fläche deren Bedeutung für den Naturhaushalt auch unter den Aspekten Boden, Wasserhaushalt, Luft und Klimaschutz zu prüfen ist. Löschungen dürfen nur die Ausnahme sein, denn LSG sind keine Reserveflächen für Bauland oder Gewerbe. Kommt es doch zur Entlassung von Flächen aus dem LSG, so sind zum Ausgleich andere schutzwürdige Flächen neu unter Landschaftsschutz zu stellen. Bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten sollen zukünftige Nutzungskonflikte durch entsprechende Abstände vermieden werden.

### 3. Regionale Plattform

Die nun schon dritte regionale Plattform wird nun am **4. April 2008** stattfinden. Also, Mandatsträger der Regionskommunen bitte diesen Termin schon mal notieren. Ursprünglich für vor den Osterferien geplant, muss sie aufgrund der LDK am 08.03. auf diesen Termin weichen. Das erste Schwerpunktthema ist und bleibt „Ausbau der Kindertagesstätten in der Region“. Dabei soll es sowohl um die Umsetzung des TAG (Tagesbetreuungsausbaugesetz), als auch um energetische Standards beim Um- und Neubau gehen. Das zweite Schwerpunktthema werden wir mit der Einladung zur Plattform mitteilen.

**Eure Regionsfraktion**  
[gruene@region-hannover.de](mailto:gruene@region-hannover.de)  
 Tel.: 0511 616 22 084

# Bei den Baggern zu Besuch

## Radlader, Mobilbagger und knickgelenkte Muldenkipper: Grüne besichtigen Komatsu Hanomag

Am 28. November 2007 besuchte eine Gruppe von Grünen die Komatsu Hanomag GmbH in Linden. Die 1835 gegründete Hannoversche Maschinenbau AG (Hanomag) ist ein hannoversches (bzw. natürlich Lindener) Traditionsunternehmen, das für den Bau von Dampflokomotiven und später Traktoren und LKWs berühmt wurde.

Für kurze Zeit wurden auch PKWs produziert (so das legendäre „Kommissbrot“ aus den 20er Jahren), bevor sich das Unternehmen Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts auf die Herstellung von Baumaschinen spezialisierte. 1989 wird dann der japanische Baumaschinenhersteller Komatsu Mehrheitsaktionär der wirtschaftlich angeschlagenen Hanomag und 1995 wird das Unternehmen schließlich in Komatsu Hanomag GmbH umbenannt.

Heute produziert das Unternehmen in Hannover so genannte Radlader und Mobilbagger (zukünftig auch knickgelenkte Muldenkipper) und ist damit außerordentlich erfolgreich, wie uns der Vorsitzende der Geschäftsführung, Herr Göksel Güner, in einem Einführungsvortrag erläuterte. Allein im Geschäftsjahr 2006 ist der Umsatz um mehr als 60 Prozent gestiegen und es wurden mehr als 500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Dabei ist man stolz darauf, auf Zeitarbeitskräfte weitgehend verzichten zu können und in großem Umfang selbst auszubilden.

Unter dem Gender-Aspekt ist Komatsu Hanomag allerdings weniger erfolgreich: 90 Prozent der Belegschaft sind männlich. Eine Veränderung erhofft sich das Unternehmen hier u.a. auch durch den Girls-Day.

Beim Umweltschutz ist Komatsu Hanomag hingegen deutlich

weiter als beim Thema Frauenförderung. So konnte der Qualitätsmanager und Umweltbeauftragte des Unternehmens, Herr Alberto Salgueiro, uns mitteilen, dass der Stromverbrauch pro produzierter Baumaschine in den letzten Jahren um 50 Prozent, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 38 Prozent und der Wasserverbrauch sogar um 60 Prozent gesunken ist. Außerdem wird Regenwasser gesammelt und zur Maschinenreinigung und Toilettenspülung genutzt und Schmierstoffe werden wieder aufbereitet. Ganz besonders rühmt sich Komatsu Hanomag seines umweltfreundlichen Lacks, der statt ehemals 47 Prozent nur 5 Prozent Lösungsmittel enthält, was zu einer Reduzierung des Lösungsmittelverbrauchs von 45 t (2003) auf heute nur noch 14 t geführt hat. Weitere Umweltziele sind, nicht zu letzt aus Kostengründen, die Reduzierung des Energieverbrauchs u.a. durch eine Erneuerung der Beleuchtung. Wobei das Werk bereits heute mit Fernwärme beheizt wird. Ein großes Problem ist aber noch, so gibt man offen zu, der bei der Produktion anfallende Müll.

In der anschließenden Werksbesichtigung wurden uns dann sehr anschaulich an den einzelnen Produktionsabschnitten erklärt, wie mit Hilfe komplizierter Werkzeugmaschinen, eindrucksvoller Laserschweißgeräte und einem Gewirr von Deckenkränen aus unscheinbaren Einzelteilen Kleinallader und riesige Mobilbagger entstehen. Abschließend waren wir uns einig, dass der Besuch bei Komatsu Hanomag ein informativer und spannender Blick hinter die Kulissen eines hannoverschen Unternehmens war.

**Michael Dette**  
[michael.dette@hannover-rat.de](mailto:michael.dette@hannover-rat.de)



# Verstärkung im Fraktionsbüro

**Dorota Szymanska stellt sich vor**

Seit dem 1. Januar 2008 arbeite ich als Referentin im Büro der Grünen Stadtratsfraktion.

1997 habe ich das Studium der Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung an der Universität Hannover abgeschlossen. Schwerpunkte meines Studiums waren von allem Jugend-, Frauen- und Ausländerproblematik, die deutsch-polnische Nachbarschaft, interkulturelle und politische Bildungsarbeit. Kinder, Jugend und MigrantenInnen, deren Alltag, Probleme und Zukunftsperspektiven stehen aber deutlich in Zentrum meiner beruflichen Interessen. Ich bin freie Radiojournalistin und Mitbegründerin der polnischsprachigen Sendung „Polenflug“ bei Radio FLORA Hannover. Gelegentlich produziere ich Beiträge für Radio SBB MultiKulti in Berlin. Im Jahre 2000 betreute ich beim Bürgerfunk Flora das Projekt „Mehr Frau(en) ins Radio“. Bis heute arbeite ich in der polnischen Redaktion. Seit dem Januar 2003 war ich im selbstverwalteten, feministischen Projekt „Frauenhaus Hannover“ tätig. Ich bin zu den Grünen gekommen, weil ich die



**Dorota Szymanska**

gesellschaftliche und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Entstehung einer neuen Stadtgesellschaft voran treiben möchte. Die Ideale und Wertvorstellungen der Grünen stehen meinen sehr nah. Für meine Tätigkeit als Referentin für Kinder, Jugend und Migration hoffe ich neue Impulse zu liefern.

**Dorota Szymanska**

dorota.szymanska.gruene@hannover-stadt.de  
0511-168-43346

## AUS DEM RATHAUS

### Haushalt 2008

Im Dezember wurde der Haushalt für 2008 samt über 100 rot-grün geeinigten Änderungsanträgen verabschiedet. Bei Augenmaß im Rahmen der finanziellen Rahmenbedingungen wurden wichtige Grünpolitische Anliegen umgesetzt wie z. B. für die Bereiche Integration, Kinderbetreuung, Bildung, Kultur, Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung (Anträge siehe [www.gruene-hannover.de](http://www.gruene-hannover.de)).

### Kommunaler Klimaschutz

Rot-Grün hat sich auf einen Antrag mit Leitlinien für den kommunalen Klimaschutz geeinigt. Zentrales Ziel: 40 % weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen. Diese werden von der Verwaltung geprüft. Unter anderem soll der Stadtwerkeanteil am Kohlekraftwerk Mehrum durch regenerative Stromerzeugung ersetzt werden.

### Gute Bilanz für Blockheizkraftwerke

Wir freuen uns über die positive Bilanz von über 50 neuen Blockheizkraftwerken in Hannover im Jahr 2007. Das ist ein schöner Erfolg Grüner Bemühungen. Blockheizkraftwerke sind energieeffizient, klimafreundlich und haben positive Arbeitplatzeffekte für Hannover. Leider ist unser größtes Ziel, dass die Stadtwerke zu Gunsten dieser Technologie auf den Bau des Kohlekraftwerks bei Hanau verzichten, noch nicht erreicht, wir arbeiten aber weiter daran.

### Energie in einkommensschwachen Haushalten

Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und der besonderen Betroffenheit von einkommensschwachen Haushalten richten wir eine rot-grüne Arbeitsgruppe ein, um Vorschläge zur Energie- und Kosteneinsparung zu erarbeiten. Wir wollen mit einer Energieeinsparberatung gezielt Haushalte mit geringem Einkommen erreichen. Ziel ist einerseits eine Kostenersparnis, gleichzeitig eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Denkbar ist ein Modell, bei dem Langzeitarbeitslose zur Ener-

gieeinsparberatung ausgebildet werden. Erfahrungen damit gibt es bei der ARGE Wolfsburg. Das rot-grüne Arbeitsergebnis werden wir vor dem Sommer in Form eines gemeinsamen Antrages vorlegen.

### Gute Vorgaben für Ausbau Kleinkindbetreuung

Mit der Versorgungsquote von 24 % werden wir infolge unseres rot-grünen Engagements der letzten Jahre bereits 2008 erreichen, was gemäß Gesetz erst 2011 hätte erreicht werden müssen. Damit sind wir bereits heute auf einem guten Stand: Das ist gut im Sinne von Familienfreundlichkeit, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Bildung für die Kleinen! Das von der Verwaltung vorgelegte Programm für den weiteren Ausbau begrüßen wir sehr. Unsere Mindestvorgabe einer 40-prozentigen Versorgungsquote bis 2013 wird damit erfüllt. Ab dem Sommer 2008 werden auch weitere integrative Plätze eingerichtet.

### Standort Crossradfahren

Mit einem rot-grünen Antrag wird die Verwaltung aufgefordert, ein geeignetes Gelände für Crossradfahren zu finden. In Hannover gibt es 1.000-1.500 aktive CrossradfahrerInnen. Dieser Breitensport findet vermehrt Zuspruch.

### Lokaler Integrationsplan

Der Lokale Integrationsplan liegt als Verwaltungsentwurf vor. Wir prüfen diesen derzeit. Ein wichtiges Anliegen zur Änderung ist die Sicherstellung einer repräsentativen Zusammensetzung der beratenden Mitglieder im zukünftigen Migrationsausschuss durch Wahlen.

### Aufwertung City

Wir freuen uns, dass die rot-grüne Initiative zum Umbau des Platzes der Weltausstellung nun umgesetzt wird. Danach soll der Umbau der Oster- und Karmarschstraße erfolgen. Das Geld hat rot-grün bereitgestellt. Rechtzeitig vor Inbetriebnahme des ECE sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

**Eure Ratsfraktion**

[gruene@hannover-stadt.de](mailto:gruene@hannover-stadt.de)  
0511 168 446 19

## Grüne Hochschulgruppe

# Campus Grün: Semesterauftakt- und Neuentreffen

Die Grüne Hochschulgruppe startet am Dienstag, den 15. April 2008, offiziell ins neue Sommersemester.

Gerade neue Studierende und Interessierte sind herzlich zum Neuen-Treffen um 18:00 Uhr im Cafe Safran (Königsworther Str. 39) eingeladen!



Mehr Infos zu Campus Grün:  
[campusgruen-hannover.de](http://campusgruen-hannover.de)

Bereits in der vergangenen Ausgabe der Grünen Seiten wurde die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen vorgestellt und ihre zukünftige Bedeutung diskutiert. Zu Beginn dieses Jahres erhält sie nun eine neue Struktur. Die bislang lose Kooperation verschiedener kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften und Verbände wird in eine GmbH-Struktur umgewandelt. Damit soll eine verbindlichere Zusammenarbeit eingeleitet und die Privatwirtschaft und Wissenschaft besser eingebunden werden, um zukünftig eine effektivere Projektarbeit leisten und die Potentiale der Metropolregion besser abschöpfen zu können. Eine breite Debatte zu den Wirkungen und Folgen der neuen Struktur hat nicht stattgefunden. Zu abstrakt ist die Metropolregion für die Medien und die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger. So bleibt eine öffentliche und notwendig kontroverse Diskussion aus, ob die neue Organisationsstruktur die Zu-

# Effizienz versus Legitimation?

**Der Einfluss der Privatwirtschaft auf öffentliche Entscheidungen wird überall kontrovers diskutiert. In der Metropolregion wird er nun strukturell verankert.**

sammenarbeit verbessert oder die Metropolregion endgültig zu einem undemokratischen Konstrukt macht. Nun mag es erst einmal positiv klingen, dass sich Unternehmen mit privaten Geldern für die regionale Zusammenarbeit engagieren und Projekte mitfinanzieren. Ähnlich wie in der zweiten niedersächsischen Metropolregion, Bremen-Oldenburg, werden sie durch die neue Struktur nicht nur Mitfinanzierer, sondern auch Mitentscheider der politischen Ausrichtung der

Metropolregion. Dies ist ein Novum in der politischen Kultur. Auch bislang hatten die Räte der Kommunen nur einen geringen Einfluss auf das Geschehen in der Metropolregion, bestimmt wurde deren Politik allein von den Verwaltungsspitzen. Nun sind diese zumindest demokratisch gewählte VertreterInnen der Bürgerinnen und Bürger. Die Metropolregion gießt nun jedoch einen Prozess in eine Organisationsstruktur, der bislang nur informell gewirkt hat: Die zunehmende Beeinflussung

politischer Entscheidungen durch die Privatwirtschaft. Nun mag man zu Recht einwenden, dass die Metropolregion nach wie vor einen geringen Einfluss hat und nur zusätzliche Gestaltungsressourcen neben den traditionellen Formen politischer Steuerung generieren soll. Trotzdem schafft die Metropolregion Fakten und bestimmt die politische Agenda in etwa durch Zielvereinbarungen der handelnden Akteure mit. Durch die Kooperation auf der Ebene der Metropolregion findet politische Steuerung statt, deren zunehmender Einfluss aktiv betrieben wird. Mehr Handlungsfähigkeit der Metropolregion zu Lasten demokratischer Legitimation? Kooperationen unter dem Dach der Metropolregion bieten die Chance gemeinsam Projekte umzusetzen, die sonst an der Gemeindegrenze Halt machen würden. Sie bieten einen Wettbewerbsvorteil und neue Handlungsressourcen. Dazu kann und muss auch die Wirtschaft auf der Projektebene integriert werden. Ihr Mitwirken durch ein Einkaufen in die Entscheidungsstrukturen regionaler Politik umzusetzen ist jedoch ein gefährlicher Weg. Eine nach politischen Aspekten tragfähige Organisationsstruktur bedarf eines demokratischen Kerns aus durch allgemeine Wahlen legitimierten Entscheidern. Gerade wir Grünen haben uns seit der Gründung der Metropolregion für eine Demokratisierung und Öffnung der Prozesse eingesetzt. Wie wichtig dieser Einsatz ist, zeigt sich gerade jetzt bei der Umwandlung der Organisationsstruktur. Als moderne Kraft, die sowohl Public-Private-Partnership-Projekte kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit abklopft, als auch um die Grenzen staatlicher Regulierung weiß, sind wir Grünen am ehesten dazu in der Lage, diese Auseinandersetzung anzuschieben.

**Der Autor hat zu der Grundsatzfrage der demokratischen Legitimation von Metropolregionen seine Magisterarbeit „Regional Governance mit organisatorischem Kern am Beispiel der deutschen Metropolregionen“ verfasst (Siehe Veranstaltungshinweis S. 16). Diese kann unter [stadt@gruene-hannover.de](mailto:stadt@gruene-hannover.de) als PDF-Datei angefordert werden.**

Jan Haude

jan.haude@web.de



## S-Bahn

# Grünes Probesitzen

**Planungsmittel für neue Haltestelle Döhren-Waldhausen bewilligt**

Der Bau einer neuen S-Bahn-Haltestelle Döhren-Waldhausen rückt langsam näher. Im Haushalt der Region Hannover für 2008 sind hierfür 200.000 Euro Planungsmittel bewilligt, der neue S-Bahn-Haltestelle ist an der Hildesheimer Straße an der Üstra-Haltestelle



Döhrener Turm vorgesehen, wo er die Stadtbahnlinien 1, 2 und 8 kreuzen würde. Die grüne Stadtteilgruppe Döhren hat schon mal Platz genommen und kurz vor Weihnachten für die geplante neue S-Bahn-Haltestelle Döhren-Waldhausen „Probe gesessen“ (v. links: Ratsherr Mark Bindert, Landtagskandi-

datin Eleni Mourmouri, Döhrens stellvert. Bezirksbürgermeisterin Claudia Meier, Stadtteilgruppen-Presseprecher Martin Knöss, Bezirksratsfraktionsvorsitzende Eva Hartmann, Meike Schümer (grüne Regionsabgeordnete) und Stadtteilgruppen-Presseprecher Björn Johnsen). Freilich ist mit der Bewilligung von Planungsmitteln

noch nichts über den Bau entschieden: Derzeit führen das Ingenieurbüro WVI und die Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen eine standardisierte Bewertung der bisherigen Voruntersuchungen durch, deren Ergebnisse bald vorliegen sollen. Erst danach soll über die Fortführung des Projektes entschieden werden. Die Grünen sprechen sich schon jetzt für den Bau der neuen S-Bahn-Haltestelle aus, da sie für rund 15.000 Einwohner (13.000 in Alt-Döhren und 2.000 in Waldhausen) einen schnellen S-Bahn-Anschluss an das Streckennetz in der Region bringt.

Das Schloss Herrenhausen soll wieder aufgebaut werden. Dies ist die erklärte Absicht der Volkswagen Stiftung und des eigens zum Aufbau gegründeten „Freundeskreis Schloss Herrenhausen“. Die Liste der Gründungsmitglieder dieses Vereins umfasst, glaubt man Rainer Beckmann, Vorsitzender des Vereins, „fast die gesamte Stadtgesellschaft“. Nun, eben „fast“, denn die Liste liest sich eher wie „who is who“ aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Wo wird Frau Meyer aus Herrenhausen und Herr Müller aus der Nordstadt erwähnt, wie werden die interessierten Jedermanns der (Stadt)Bürgerschaft in die Diskussion einbezogen? Die Auseinandersetzung um einen Wiederaufbau oder Abriss des Baus ist nicht neu. Unter Georg III (1760 - 1820) waren das Schloss und der Garten schon sich selbst überlassen und dem Verfall preisgegeben. 1775 wurde bereits über einen Abriss nachgedacht. Diese Diskussion war jedoch mit den baulichen Veränderungen im Stil des Klassizismus durch G.L.F. Laves zwischen 1819 bis 1821 beendet. Das, was nach der Zerstörung 1943 übrig blieb, war der letzte bauliche Zustand des Schlosses, lediglich die 1965 abgetragene, geschwungene Freitreppe, die

## Herrenhäuser Schloss

# Rückwärts- oder zukunftsgerichtet?

**Grüne Ratsfraktion möchte eine konstruktive Diskussion zur Gestaltung des Herrenhäuser Schlosses**

halbrunde Eingangshofmauer mit den Domestikenhäusern und drei von Laves gestaltete Gittern waren übrig geblieben.

In den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden viele Lösungen mit neuen Inhalten entgegen eines Wiederaufbaus diskutiert. Auch diese fanden ihren abschließenden Höhepunkt in der Ablehnung des Entwurfs einer Betonschalenskonstruktion des dänischen Architekten Arne Jacobsen, mit dem schönen Namen „Bella Vista“. Die Umsetzung dieses Neubaus mit Restaurant und Aussichtsplattform scheiterte am heftigen Widerstand der Öffentlichkeit und den Bedenken der Fachwelt. Zuletzt wurde zur Expo

2000 über die historische Bedeutung des Ortes gestritten.

Nicht unerwähnt bleiben sollten in diesem Zusammenhang die Diskussionen, die sich auch um den Symbolcharakter eines solchen Schlosses, seiner Architektur und die neomodische Nostalgie historischer Bauten dreht. Zerstörtes wiederaufzubauen, es zu konservieren ist kulturell ein relativ neuer Umgang mit der Geschichte. Phillip Blom, Historiker, meint in uns die erste Kultur zu finden, die das Alte verehrt, nur weil es alt ist („Schafft die Museen ab“, Phillip Blom in die „Zeit“, 03.02.2008). Bis zum 19. Jahrhundert war es nämlich normal, Altes abzureißen und Neues aufzubauen - so stehen die meisten unserer Kirchen auf noch viel älteren Gemäuern - vermissen wir sie deshalb? Wäre ein Bau, entstanden aus einem Architekten - Wettbewerb, ausgerichtet auf Gegenwart und Zukunft, auf historisch bedeutendem Boden auch eine Option? Andererseits mögen wir alle unser Künstlerhaus in Hannover und seine Fassade - davon war allerdings vielmehr zur Rekonstruktion erhalten geblieben. Nach wie vor ist die Identität stiftende Diskussion um Altertum und Moderne, alte Verpackung für neuen Inhalt, Symbole und ihre Verehrung, für die Stadtgesellschaft von Bedeutung. Diese Auseinandersetzung möchte die Grüne Ratsfraktion durch ein Symposium zur Architektur, historische Verklärung und kulturelle Nutzung des Schlosses Herrenhausen am 7. März beginnen.

**Lothar Schlieckau**

lothar.schlieckau@hannover-rat.de



## Wegweiser

# Orte der Erinnerung

**Stätten der Verfolgung und des Widerstands während der NS-Herrschaft in der Region Hannover**

Der Wegweiser enthält Hinweise auf 61 Orte, 36 in der Stadt Hannover, 25 in den anderen Städten und Gemeinden der Region. Eine Einführung zum historischen Hintergrund stellt die Orte in ihren historischen Zusammenhang und stellt drei thematische Wege vor, um sich diese Orte zu erschließen:

- 1) Soziale Ausgrenzung, politische Verfolgung und Widerstand;
- 2) Verfolgung von Juden und Sinti;
- 3) Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Zwei Karten, die dem Buch beiliegen, helfen, die Orte zu finden.

Das Buch lädt dazu ein, die Region und ihre besonderen Orte zu erkunden, mit einem Literatur- und Medienverzeichnis kann weiter recherchiert und geforscht werden, wenn das Interesse über das Buch hinaus geht.

Herausgeber des Wegweisers ist das Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover, eine Arbeitsplattform für Aktive in der Erinnerungskultur in der Region Hannover. Auch das Verzeichnis der aktuell 37 Netzwerkmitglieder findet sich in der Veröffentlichung und die herzliche Einladung, sich an der Arbeit zu beteiligen.

Der Wegweiser ist im Bürgerbüro der LH Hannover im Neuen Rathaus, Trammplatz 2 und im Bürgerbüro der Region Hannover, Regionshaus, Hildesheimer Str. 20 für 5 Euro zu erhalten. Auch im Fraktionsbüro im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, sind Exemplare erhältlich.

**erinnerungundzukunft.de**

## Symposium der Grünen Ratsfraktion

**Fragen der Architektur, historischen Verklärung und kulturellen Nutzung des Schlosses Herrenhausen**

**Referate und Beiträge von**

**Dr. Wilhelm Krull**, Generalsekretär VolkswagenStiftung zum Thema Schlossaufbau durch die VolkswagenStiftung und ihre Haltung zu aufgeworfenen Fragestellungen

**Dipl. Ing. Wolfgang Schneider**, Präsident Architektenkammer Niedersachsen, zum Themenbereich Architektur: Historisch oder zeitgenössisch?

**Dr. Gerhard Stamer**, Reflex e. V., Institut für praktische Philosophie, Hannover zum Themenbereich Historische Verklärung - Sehnsucht nach Symbolen der Vergangenheit

Anschließend: **Podiumsdiskussion**

**7. März 2008 15.00 Uhr - 18:30 Uhr**

**Neues Rathaus, Hodlersaal**

**Anmeldung** bis zum 29. Februar im Fraktionsbüro unter :

E-Mail: [gruene@hannover-stadt.de](mailto:gruene@hannover-stadt.de).

Tel.: 0511 168 45433 (Günther Wulfert)

Tel.: 0511 168 42561 (Gabi Bartoszak)

Fax: 0511 168 42432

# Hannover Aktiv Pass

Gold wert oder überflüssig? Überlegungen von Katrin Studier.



Rein oder raus? Ermäßigung gibt es für Arbeitslose bisher nur gegen Vorlage ihres Bescheids. (Foto: flickr.com CC by \*MarS)

Aktivierung finanziell Benachteiligter! Das heißt, die Kommune kann sich mit der Botschaft an Ihre Bürgerinnen und Bürger richten: Macht alle mit, auch wenn ihr keine Säulen der Gesellschaft im klassischen Sinne seid. Sie kann ihre Angebote durchlässiger machen, so dass finanzielle Armut keine unüberwindliche Hürde für Bildungs- und Freizeitaktivitäten ist. Das passiert bereits, zum Beispiel indem die Volkshochschule hohe Rabatte auf ihre Kurse gibt, und indem Arbeitslose günstiger in Badeanstalten gelangen.

## Begegnung

In „Die Zeit“ vom 13.12. 2007 wird eine Studie besprochen, die nach der Einstellung der Deutschen gegenüber schwachen Gruppen – Fremden, Obdachlosen oder Langzeitarbeitslosen gefragt hat (<http://www.zeit.de/2007/51/Oekonomisierung?page=all>, Stand 29.01.2008). Untersucht wird dabei, inwie-

fern das Soziale ökonomisiert, d. h. inwieweit soziale Kontakte heutzutage nach Kriterien wie Effizienz und Nützlichkeit bewertet werden. Zitat aus diesem Artikel: „Die Ergebnisse zeigen, dass über ein Drittel der Deutschen den Aussagen tendenziell zustimmen, die Gesellschaft könne sich wenig nützliche Menschen (33,3 Prozent) und menschliche Fehler nicht (mehr) leisten (34,8 Prozent). Etwa 40 Prozent der Befragten sind der Ansicht, in unserer Gesellschaft würde zu viel Rücksicht auf Versager genommen. Zu viel Nachsicht mit solchen Personen gilt 43,9 Prozent als unangebracht, und etwa ein Viertel stimmt der Aussage zu, dass »moralisches Verhalten (...) ein Luxus (ist), den wir uns nicht mehr leisten können« (25,8 Prozent).“ Daraus ergeben sich Muster der Abwertung gegenüber Gruppen, die als nutzlos oder überflüssig gelten, wobei auch die Gruppe der Behinderten zu nen-

nen ist. Hier zeigt sich der Trend der Aufspaltung der Gesellschaft sehr deutlich. Ein Hannover-Aktiv-Pass könnte für Begegnungen an der Schneise zwischen Reich und Arm sorgen, das gegenseitige Verständnis fördern und so ein bisschen Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft liefern.

## Vereinheitlichung, Entstigmatisierung, Ausweitung

Um den Eintrittsrabatt fürs Schwimmbad zu bekommen, müssen Arbeitslose ihren Bescheid an der Kasse vorlegen. Die Konditionen der VHS werden auf einer halben Seite beschrieben. Mit einem Hannover Aktiv Pass, können diese Rabatte vereinheitlicht werden und die Betroffenen müssen nicht an jeder Kasse Ihren Bescheid zücken. Dies kann entstigmatisierend wirken (besonders wenn die Karte ansprechend gestaltet ist). Außerdem könnte die Stadt weitere Leistungsgeber (Träger, Unternehmen u.a.) akquirieren, wie das auch für die Hausmarke geschehen ist. Wenn bspw. die Stadtwerke einen Sozialtarif anbieten, könnten sie diesen auf Grundlage des Hannover-Aktiv-Passes gewähren, so dass ein „Durchleuchten“ des Antragsstellers auf ihren Seiten entfällt.

## Ausblick

Wir sind sehr gespannt auf die Anhörung im Sozialausschuss zu diesem Thema am 18. Februar ab 15.00 Uhr und erwarten interessante Sachstandsberichte aus anderen Städten. Gleichzeitig sollten wir über Sinn und Unsinn des Hannover Aktiv Passes mit anderen Gruppierungen diskutieren. Wichtig ist jetzt die Gewinnung von Mitstreiterinnen für die Attraktivität des Angebotes. Und ob wir uns entscheiden können, etwas auszuprobieren. Wenn ihr Ideen oder Anmerkungen habt, ruft an oder schickt mir eine Mail.

**Katrin Studier**  
info@katrinmohr.de  
0511 - 5445292



## Mitgliederversammlung Stadtverband Hannover

Am Samstag, den 29. März 2008, findet um 13:00 Uhr im Freizeitheim Linden (Windheimstraße 4) die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes statt. Im Mittelpunkt steht dabei die Vorstandswahl. InteressentInnen für einen Vorstandsposten können sich unter Tel.: 0511 32 33 14 oder Email: [stadt@gruene-hannover.de](mailto:stadt@gruene-hannover.de) informieren. Bewerbungen sind in schriftlicher Form einzureichen. Wir freuen uns auf eine abwechslungsreiche Mitgliederversammlung mit euch!

Zu den Haushaltsvereinbarungen für 2008 haben wir einstimmig einen rot-grünen Begleitantrag beschlossen, in dem wir die Verwaltung auffordern, die Einführung eines Hannover-Aktiv-Passes zu prüfen. Dieser soll jährlich gegen einen geringen Obolus für Geringverdienende und Transferleistungsbeziehern/innen erhältlich sein und ihnen Vergünstigungen in den Bereichen Kultur, Gesundheit/Sport und Bildung einräumen. Mehrere Städte in Deutschland haben bereits ein solches Rabattsystem für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln eingeführt – mit sehr unterschiedlichen Erfolgen. Während der Absatz des Oldenburg Passes durch das Gewähren eines Schulmittelzuschusses letztes Jahr stark angestiegen ist, wird eine Rabattkarte in anderen Städten kaum nachgefragt. Hierüber soll die angesetzte Anhörung im Sozialausschuss am 18. Februar weiteren Aufschluss geben.

## Der Mensch und seine Rabatte

Ist es sinnvoll, ein Rabattsystem aufzubauen? Immerhin gibt es bereits zahlreiche Ermäßigungen für Arbeitslose, Rentner und Behinderte bei einzelnen Anbietern. Unternehmen honorieren den Konsumfleiss ihrer Kunden mit immer etablierteren Rabattsystemen (und sammeln nebenbei eifrig Kundendaten). Wer Student mit Erstwohnsitz Hannover ist, kann im Bürgeramt eine Rabattkarte namens „Hausmarke“ bekommen, mit dem er sich nicht nur günstiger ins kulturelle Leben sondern auch ins Konsumvergnügen stürzen kann. Zusätzlich gibt es seit kurzem eine niedersächsische Ehrenamtskarte, mit der verdiente Ehrenamtliche Kultur zu Sonderkonditionen genießen können. Warum sollten Menschen ohne Geld zusätzlich Rabatte bekommen? Dazu einige Gedanken.

## Partizipation und Aktivierung

Es ist heutzutage ein Allgemeinplatz, dass Kommunen, eingebunden in Bundes- und Länderrecht, kaum etwas an der finanziellen Armut ihrer Bürgerinnen und Bürger ändern können. Ziele für die Kommunalverwaltungen als Gestalterinnen und Kennerinnen ihrer Sozialräume sind jedoch die: Linderung der Teilhabearmut!

Die zum 1. Januar 2008 in Hannover eingeführte Umweltzone ist eine von vielen Maßnahmen, um zu mehr Luftreinheit im Sinne des Gesundheitsschutzes beizutragen. Hintergrund ist das Erkrankungsrisiko durch Feinstaub: Asthma, chronische Bronchitis und Kreislauferkrankungen. Jährlich sterben in Deutschland 14.000 Menschen an den Krankheitsfolgen. Messungen in der Göttinger Straße belegen, dass die Ursache für Feinstaub zu 30-40 % beim Verkehr liegt. Die direkt an hoch belasteten Straßen wohnenden Menschen sind hier vor allem zu schützen, zumal die besonders gesundheitsschädlichen extrafeinen Feinstäube großteils aus dem Straßenverkehr stammen.

Bereits seit 1996 hatte die EU Vorgaben zur Luftqualität festgelegt, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt zu verringern. Nach einer ergänzenden Richtlinie von 1999 sollten an sich bereits zum 1. Januar 2005 (!) Luftreinhaltepläne gegen Feinstaub durch den KFZ-Verkehr vorliegen.

Statt zu handeln, bekam die schwarz-gelbe Landesregierung wegen der bevorstehenden Landtagswahl aber weiche Knie und gab die Zuständigkeit zum April 2007 an die Stadt Hannover ab. Die Stadtverwaltung legte daraufhin einen Luftreinhalte-Aktionsplan vor, der u.a. die Einrichtung einer Umweltzone mit Fahrverbot für Kraftfahrzeuge mit höheren Schadstoffemissionen (vor allem ältere Dieselfahrzeuge) beinhaltete. Dieser Vorschlag wurde von der rot-grünen Ratskoalition zugunsten eines besseren Gesundheitsschutzes verändert.

Wie bereits von der Stadtverwaltung vorgesehen, werden seit Anfang Januar Diesel-KFZ schlechter Euro 2 ausgeschlossen. Danach wird es aber bereits ab Januar 2009 ein Fahrverbot für Diesel-KFZ schlechter Euro 3 geben – ein Jahr früher als der Vorschlag der Stadtverwaltung vorsah. Und ein Fahrverbot für Diesel-KFZ schlechter Euro 4 wird gegenüber dem Vorschlag der Stadtverwaltung um zwei Jahre auf 2010 vorgezogen. Außerdem sollen, angepasst an die Umweltzone, Park & Ride-Plätze geschaffen und ausgeschildert werden. Rot-Grün macht sich damit für den Gesundheitsschutz stark und sorgt für eine zügigere

# Umweltzone ist Gesundheitschutz

Seit 1. Januar gilt die Plakettenpflicht für Hannovers Innenstadt. Bußgelder werden in den ersten vier Monaten noch nicht verhängt.



Die Grenze der Umweltzone in Hannover

Verbesserung der Luftqualität in Hannover.

In den ersten vier Monaten nach Einführung der Umweltzone wird die Stadt Hannover allerdings keine Bußgelder gegen AutofahrerInnen verhängen, die innerhalb der Umweltzone ohne Feinstaubplakette oder Ausnahmegenehmigung fahren. Stattdessen sollen AutofahrerInnen, die ihr Fahrzeug noch nicht mit einer Feinstaubplakette ausgestattet haben, von der

Polizei im Rahmen der normalen Überwachung des fließenden Verkehrs über die Plakettenpflicht informiert werden. Auch der Verkehrsaussendienst der Stadt wird im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs Flyer an Kraftfahrzeuge ohne Feinstaubplakette verteilen.

**Michael Dette**  
michael.dette@hannover-rat.de



# Sicher dir deinen Platz an der Sonne!

SLU kauft erste Module der Anlage auf der Hauptmensa



Auf dem Dach der Hauptmensa am Schneiderberg entsteht durch die Initiative der Grünen Hochschulgruppe, dem Arbeitskreis Erneuerbare Energien und anderen aktiven Studierenden eine Photovoltaikanlage. Ab 50 Euro können Interessierte an dieser Anteile erwerben und damit sowohl einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, als auch mit Sonne "Kohle" verdienen!

Die ersten Module wurden im November von der Stiftung Leben und Umwelt erworben. Der Vorstand unterzeichnete einen Kaufvertrag über zwei Module.

Das erste Modul mit der Nummer 1.1.1 hatte zuvor bereits die Geschäftsführerin der SLU, Renate Steinhoff, privat erworben. Sie betrachtet die Nutzung von solarer Energie als einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. „Ich habe leider kein eigenes Hausdach, auf das ich eine Photovoltaikanlage bauen könnte,“ begründet sie ihre Beteiligung.

Auch der Grüne Stadtverband Hannover ist inzwischen stolzer Teilhaber der Photovoltaikanlage.

Mehr Informationen unter [campusgruen-hannover.de](http://campusgruen-hannover.de), [sonnenhungrig.info](http://sonnenhungrig.info) oder telefonisch bei Ökostadt e.V. unter 0511/ 1690291

# Mehr Männer in Erziehungsberufen

Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion Hannover

**K**inder brauchen für ihre Persönlichkeitsentwicklung sowohl Männer als auch Frauen, die sich als AnsprechpartnerInnen, als Vorbilder, zur Identitätsfindung etc. anbieten, darüber besteht in der Gesellschaft mittlerweile Einigkeit. Trotzdem ist das Berufsfeld „Erziehung“ stark nach Geschlecht gespalten und besonders im Elementarbereich weiblich dominiert. Die Gründe hierzu sind komplex, so dass eine Strategie der Motivations- und Unterstützung für interessierte Männer im Sinne eines „gender mainstreaming“ das Berufsfeld nicht geschlechterdemokratischer organisieren würde. Warum sind mehr Männer in Erziehungsberufen

für die Entwicklung der Kinder notwendig? Sind Erziehungsberufe unattraktiv für Jungen bzw. Männer? Ist die Pädagogik mehr weiblich? Wie sieht die Praxis aus – in der Ausbildung, den Lehrinhalten, der Arbeit in der Kita? Was muss passieren, damit Jungen Berufe im Feld der Erziehung attraktiv finden?

Diesen Fragen will die Grüne Ratsfraktion in einer Veranstaltung mit dem Titel „Männer in Erziehungsberufen“ mit Fachleuten und interessiertem Publikum am 16. April diskutieren.

**Ingrid Wagemann**

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



## Treffen der Metropolregion

- Jan Haude stellt seine Magisterarbeit „Regional Governance mit organisatorischem Kern am Beispiel der deutschen Metropolregionen“ vor.
- Das Büro Cityförster präsentiert seinen Beitrag „Holistic

Uniqueness“ (2. Preis) zum Wettbewerb „Greater Helsinki Vision“.

**Dienstag, 26. Februar, Regionshaus, Hildesheimer Straße 20, Raum 62**

## I M P R E S S U M

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66, region@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Enno Hagenah, Jan Haude, Jörg Schimke, Christian Behrens, Patrick Drenke, Angela Klingrad, Jörg Rutzen, Kim Fitz, Doris Klawunde, Meike Schümer, Mark Meißner, Jeanette Weinrich, Dietmar Beck, Dorota Szymanska, Günter Wulfert, Björn Johnsen, Gabriele Bartoszak, Katrin Studier, Ingrid Wagemann, Andrea Guthaus, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

„Grüne Seiten“ werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Mai 2008.

**Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover,**

**Tel. 0511/300 88 66, Fax 0511/300 89 66**

**E-Mail: region@gruene-hannover.de Internet: www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung: Kontonr.: 8418700 Bank für Sozialwirtschaft Bankleitzahl: 251 205 10**

## T E R M I N E

**18.02. 18:00**  
Regions-Verkehrs-AG, Raum 63, Hildesheimer Straße 20

**19.02. 14:30**  
AG Personal & Organisation, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 16:00 Uhr)

**19.02. 18:15**  
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG (bis 20:15 Uhr)

**19.02. 18:30**  
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:30 Uhr)

**20.02. 18:00**  
AG Frauen, Frauen-Treffpunkt, Jakobistr. 2 (bis 20:00 Uhr)

**21.02. 19:30**  
Regionsparteirat, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

**26.02. 17:30**  
Treffen der Grünen in der Metropolregion, Regionshaus, Hildesheimer Straße 20, Raum 62

**28.02. 16:30**  
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 19:00 Uhr)

**28.02. 18:00**  
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (bis 20:00 Uhr)

**01.03. 11:00**  
Mitgliederversammlung des Regionsverbands, Regionshaus, Sitzungssaal der Regionsversammlung, Hildesheimer Str. 20 (bis ca. 16:00 Uhr)

**07.03. 15:00**  
Schloss Herrenhausen - Symposium der Grünen Ratsfraktion, Neues Rathaus, Hodlersaal (bis 18:30 Uhr)

**08.03.**  
Landesdelegiertenkonferenz in Hameln

**29.03. 13:00**  
Mitgliederversammlung Stadtverband im FZH Linden (bis 17:00 Uhr)

**01.04. 18:00**  
Regions-AG Soziales, Jugend, Gesundheit, Integration. Regionshaus, Raum 63

**04.04.**  
Dritte regionale Plattform, Thema: „Ausbau der Kindertagesstätten in der Region“

**07.04. 18:00**  
Regions-Verkehrs-AG, Regionshaus, Raum 63, Hildesheimer Straße 20

**09.04. 17:00**  
Informationsveranstaltung der grünen Regionsfraktion mit dem Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Udo Sahling über „Rahmenbedingungen für Konzessionsverträge mit Energieversorgungsunternehmen“, Raum N003 im neuen Regionshaus, Hildesheimer Str. 18

**16.04. 17:00**  
"Männer in Erziehungsberufen", Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion, Neues Rathaus, Mosaiksaal

**21.04.-30.04.**  
Bundesweite Grüne Klimaaktionstage

**05.05. 18:00**  
Regions-Verkehrs-AG, Regionshaus, Hildesheimer Straße 20

**Weitere Termine:**  
[www.gruene-hannover.de](http://www.gruene-hannover.de)



**Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! InteressentInnen sind herzlich Willkommen!**

## Mitgliedsbeiträge und Spenden

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.